125. Kann, wenn jemand einem redlichen Dritten fremdes Geld zum Wechseln hergegeben und sich dadurch einer Unterschlagung schuldig gemacht hat, das vom Dritten bei dem Wechseln herausgegebene Geld Objekt der Sachfehleri werden?

St.G.B. §. 259.

Bgl. Bd. 6 Nr. 79.

II. Straffenat. Art. v. 29. Juni 1883 g. P. u. Gen. Rep. 1457/83.

I. Landgericht I Berlin.

Aus den Gründen:

Der Angeklagte P., von seinem Lohnherrn mit der Einkassierung eines Wechsels über M 500 betraut, erhielt von der Deutschen Bank einen Fünfhundertmarkschein ausgezahlt, faßte den Entschluß, sich diesen Schein anzueignen, kaufte, um zunächst den Schein in kleine Münze umzusetzen, bei einem Kaufmanne für 45 Pf. Chocolate, bediente sich dabei des Scheines als Zahlungsmittel und verbrauchte dann die heraus erhaltenen M 499,55 bis auf einen Teil, den ihm Bauernfänger abnahmen. P. ist dieserhalb rechtskräftig wegen Unterschlagung verurteilt.

Der Angeklagte T., früherer Schulkamerad des P., ist wegen wiederholter Fehleri zu Strafe verurteilt, weil er von dem Gelde, welches P. beim Kaufe der Chocolate herausbekommen, zu zwei verschiedenen Malen je eine Mark, wissend, daß P. sich das Geld nicht auf redlichem Wege verschafft hatte, als Geschenk genommen hat, und weil deshalb vom ersten Richter für festgestellt erachtet ist, daß T. zu Berlin am 8. Februar 1883 durch zwei selbständige Handlungen je M 1 fremdes Geld, von dem er wußte, daß es mittels einer strafbaren Handlung erlangt war, seines Vorteiles wegen an sich gebracht hat.

Mit Recht rügt der Vater des minderjährigen T., daß diese Feststellung auf irriger Gesetzesauslegung beruhe. Die M 2, welche T. von P. erhalten, gehören nicht zu den im Sinne des §. 259 St.G.B.'s durch eine strafbare Handlung erlangten Sachen. Nach der einem rechtlichen Bedenken nicht unterliegenden Feststellung des angefochtenen Urtheiles war die Unterschlagung der Banknote über M 500 in dem Augenblicke vollendet, als P. dieselbe nach Abschluß des Kaufes „verausgabte“, d. h. dem Verkäufer als Zahlungsmittel übergab. Die daran sich an-

schließende Herausgabe und Empfangnahme von *M* 499,55 enthält keine strafbare Handlung, fällt auch nicht in den Kreis des mit der Hingabe der Banknote zum Abschlusse gelangten strafbaren Verhaltens des *B.*, stellt vielmehr einen rechtsgültigen, von keiner Seite anfechtbaren, Rechtsakt dar, durch welchen *B.* das Eigentum an dem Gelde erwarb. Der Verkäufer der Schokolade, welcher das Eigentum des Geldes auf Grund eines redlich von ihm abgeschlossenen Tauschvertrages auf *B.* übertragen hatte, konnte dasselbe von letzterem nicht zurückfordern, der frühere Eigentümer der Banknote über *M* 500 konnte die für dieselbe eingewechselten Geldstücke von *B.* nicht vindizieren, wenn er auch eine Forderung auf Leistung des Interesses an letzteren hatte, und ebensowenig konnte der Fiskus dieses Geld nach I. 16. §. 205 preuß. *U.L.R.*'s zurückfordern, da es nicht zu einem unerlaubten Zwecke gegeben war. Ist dem Erwerbe der *M* 499,55 seitens des *B.* auch eine Straftat vorausgegangen, so beruht doch dessen Verfügungsgewalt hinsichtlich derselben auf einer freiwilligen rechtsgültigen Besitzübertragung des früheren Eigentümers. Dieses Geld war daher nicht mit dem Fehler des unerlaubten Erwerbes behaftet,

vgl. das Urteil der vereinigten Straffenate vom 17. April 1882
Bd. 6 S. 218,

und an den dazu gehörigen zwei Mark konnte sich daher *L.* der Fehlerlei nicht schuldig machen.